

Antrag Nr. A142/2026



Oberbürgermeister
der Stadt Mannheim
Herrn Christian Specht
Rathaus, E 5
68159 Mannheim

STADTMANNHEIM Der Oberbürgermeister Fachbereich Demokratie und Strategie Eingang Antrag/Anfrage: 12.05.2026	
Federführendes Dezernat: OB	Mitzeichnende/s Dezernat/e:

Rathaus E 5 | Zimmer 221
68159 Mannheim
Tel: 0621 / 293-9438
afd@mannheim.de

11. Mai 2026

Antrag zur Sitzung des Gemeinderates am 19.05.2026

Betreff: Einführung eines verbindlichen Stellenbesetzungsvorbehalts

Der Gemeinderat möge beschließen:

1. Für jede neu zu besetzende Stelle in der Stadtverwaltung Mannheim - einschließlich der Eigenbetriebe und Beteiligungsgesellschaften - ist künftig vor der Ausschreibung ein verbindliches Prüfverfahren (Stellenbesetzungsvorbehalt) durchzuführen.
2. Im Rahmen dieses Prüfverfahrens ist durch die jeweils zuständige Amtsleitung schriftlich zu begründen, warum keine der folgenden Alternativen zur externen Neubesetzung möglich oder zumutbar ist:
 - a. Interne Nachbesetzung durch Versetzung, Umsetzung oder Beförderung eines geeigneten vorhandenen Mitarbeiters,
 - b. Dauerhafter Wegfall der Stelle durch strukturelle oder organisatorische Anpassungen (Aufgabenverzicht, Prozessoptimierung, Digitalisierung),
 - c. Zusammenlegung der Aufgaben mit einer anderen bestehenden Stelle oder Organisationseinheit,
 - d. Befristete Besetzung oder Teilzeitbesetzung statt einer unbefristeten Vollzeitstelle,
 - e. Erledigung der Aufgaben durch externe Dienstleistung (Vergabe), sofern dies wirtschaftlicher ist,
 - f. Vorübergehende Umverteilung der Aufgaben auf andere Stellen als Überbrückungsmaßnahme.

Begründung:

Die Stadt Mannheim steht vor einer ernsten Haushaltskrise. Der städtische Haushalt weist erhebliche strukturelle Defizite auf, die ohne entschlossenes Gegensteuern zu einer dauerhaften Handlungsunfähigkeit der Stadt führen werden. In dieser Situation ist es unerlässlich, alle großen Ausgabenpositionen systematisch auf Einsparpotenziale zu untersuchen.

Der Personalaufwand ist mit rund 380 Millionen Euro pro Jahr einer der mit Abstand größten Einzelposten im Mannheimer Haushalt. Schon eine Reduzierung des Personalzuwachses um wenige

Mannheim. Heimat verpflichtet.

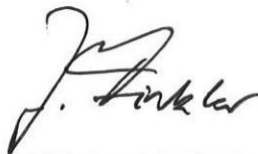
Prozent würde jährlich Millionenbeträge freisetzen, die an anderer Stelle dringend benötigt werden. Dabei geht es nicht um pauschale Stellenstreichungen oder die Schlechterstellung bestehender Mitarbeiter, sondern um eine systematische und transparente Überprüfung, bevor neue Dauerverpflichtungen eingegangen werden.

In der Praxis zeigt sich immer wieder, dass freiwerdende Stellen beinahe reflexartig neu ausgeschrieben werden, ohne die Frage zu stellen, ob die Stelle in ihrer bisherigen Form überhaupt noch benötigt wird. Aufgaben, die ursprünglich eine volle Stelle rechtfertigten, können sich durch Digitalisierung, veränderte Rahmenbedingungen oder gesunkenes Aufgabenvolumen verringert haben. Hinzu kommt, dass Personalkosten langfristige Verpflichtungen darstellen: Eine unbefristet besetzte Vollzeitstelle bindet über Jahrzehnte Haushaltsmittel und schafft zusätzliche Versorgungsansprüche.

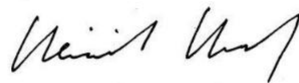
Der vorgeschlagene Stellenbesetzungsvorbehalt ist kein bürokratischer Selbstzweck, sondern ein Instrument der verantwortungsvollen Haushaltsführung. Ähnliche Mechanismen werden in zahlreichen Kommunen und Landesverwaltungen, wie jüngst in Hessen, bereits erfolgreich eingesetzt, um den natürlichen Stellenzuwachs in Behörden zu begrenzen. Es handelt sich um eine verhältnismäßige Maßnahme, die die Organisationsverantwortung der Amtsleitungen nicht aushöhlt, sondern lediglich eine begründete und dokumentierte Entscheidung verlangt.

Die Einführung dieses Verfahrens ist ein notwendiger erster Schritt auf dem Weg zu einer nachhaltigen Personalsteuerung, die den finanziellen Möglichkeiten der Stadt Mannheim gerecht wird.

Mit freundlichen Grüßen



Jörg Finkler
Fraktionsvorsitzender



Heinrich Koch
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Rainer Kopp
Stellv. Fraktionsvorsitzender



Rüdiger Ernst
Stadtrat



Silke Koch
Stadträtin



Dr. Ulrich Lehnert
Stadtrat



Markus Riegler
Stadtrat